

# Blickpunkt Berlin

---



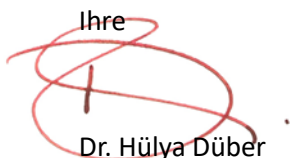
Liebe Leserinnen und Leser,

die außenpolitische Lage im Nahen Osten und ihre Folgen haben den Auftakt dieser Sitzungswoche stark geprägt. Der Iran-Krieg bedroht nicht nur die Stabilität der Region, sondern hat längst auch Auswirkungen auf Deutschland. Die deutlich gestiegenen Öl- und Kraftstoffpreise belasten Pendlerinnen und Pendler, Familien, Handwerksbetriebe und viele weitere Verbraucherinnen und Verbraucher.

Damit wird einmal mehr deutlich, dass außenpolitische Krisen nicht auf die betroffenen Regionen begrenzt bleiben. Sie berühren nicht nur die internationale Sicherheit, sondern auch unsere wirtschaftliche Stabilität. Umso wichtiger ist es, entschlossen und zugleich besonnen zu handeln. In dieser Woche haben wir deshalb ein Maßnahmenpaket in den Bundestag eingebracht, mit dem die Kraftstoffpreise gedämpft und marktverzerrende Preisentwicklungen an den Tankstellen eingedämmt werden sollen.

Neben diesen akuten Herausforderungen hat sich der Bundestag in dieser Sitzungswoche auch mit der europäischen Zusammenarbeit und weiteren wichtigen politischen Vorhaben befasst. Über die zentralen Themen und Entscheidungen dieser Woche möchte ich Ihnen in diesem Newsletter einen Überblick geben. Wie immer freue ich mich über Ihre Ideen, Anregungen und Kritik.

Ein schönes Wochenende wünscht Ihnen und Euch

Ihre  
  
Dr. Hülya Düber

## **Auftakt in die Sitzungswoche mit der CSU-Landesgruppe**

Zu Beginn jeder Sitzungswoche trifft sich die CSU-Landesgruppe traditionell am Montagabend im Bierkeller der Bayerischen Landesvertretung in Berlin. Diese Runde ist für uns ein wichtiger Auftakt in die parlamentarische Woche. Hier besprechen wir die aktuellen politischen Entwicklungen, bereiten die anstehenden Plenardebatten vor und beraten intensiv darüber, an welchen Stellen politische Vorhaben noch verbessert werden können.

Gerade dieser Austausch ist von großer Bedeutung. Denn gute Politik entsteht nicht durch schnelle Schlagzeilen oder populistische Reflexe, sondern durch gründliche Beratung, klare Prioritäten und den festen Willen, tragfähige Lösungen zu finden. Unser Anspruch ist es, politische Entscheidungen so zu gestalten, dass sie nicht nur kurzfristig Wirkung entfalten, sondern sich nachhaltig positiv auf das Leben der Menschen auswirken.



© CSU-Landesgruppe

## **Regierungserklärung zum Europäischen Rat: Europa muss jetzt handlungsfähig sein**

Zum Auftakt der Sitzungswoche stand im Deutschen Bundestag die Regierungserklärung von Bundeskanzler Friedrich Merz zum Europäischen Rat am 19. und 20. März in Brüssel auf der Tagesordnung.

Ich habe die Regierungserklärung des Bundeskanzlers mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Er hat darin deutlich gemacht, worauf es für Europa in dieser Lage ankommt: auf Geschlossenheit, sicherheitspolitische Klarheit und mehr wirtschaftliche Stärke. In seiner Rede warb er dafür, die Wettbewerbsfähigkeit Europas in den Mittelpunkt zu rücken, den Binnenmarkt weiterzuentwickeln, Bürokratie spürbar abzubauen und neue Freihandelsabkommen voranzubringen.

Gleichzeitig wurde deutlich, wie groß die Herausforderungen sind, vor denen Europa derzeit steht. Neben der weiteren Unterstützung der Ukraine und der europäischen Sicherheitsordnung prägte auch der Krieg im Nahen Osten die Beratungen vor dem Gipfel. Der Bundeskanzler betonte, ein vereintes Europa sei gerade in einer von Großmächten geprägten Welt die wichtigste Garantie für unsere Zukunft. Nur gemeinsam könne Europa seine Interessen wirksam vertreten und internationale Stabilität mitgestalten.

Ich halte diesen Kurs für richtig. Viele der drängenden Fragen unserer Zeit lassen sich nicht mehr allein national beantworten. Gerade jetzt braucht es ein Europa, das zusammensteht, Verantwortung übernimmt und seine politische wie wirtschaftliche Handlungsfähigkeit stärkt. Dafür braucht es Entschlossenheit, Wettbewerbsfähigkeit und den Mut, überflüssige Regulierung konsequent zurückzunehmen.

## **Ein Festtag für die Demokratie**

Am 18. März haben wir im Deutschen Bundestag erstmals den Tag der Demokratiegeschichte begangen – ein Datum, das wie kaum ein anderes für das Ringen um Freiheit und Mitbestimmung in Deutschland steht. Bundestagspräsidentin Julia Klöckner bezeichnete den 18. März als ein „Schlüsseldatum deutscher Geschichte“, das „für Mut, für den Wunsch nach Freiheit und für den langen Weg hin zu einer demokratischen Ordnung“ steht.

Der 18. März erinnert gleich an mehrere Wegmarken deutscher Demokratiegeschichte: an die Mainzer Republik von 1793, an die Revolution von 1848 und an die erste freie Volkskammerwahl in der DDR im Jahr 1990. Der Deutsche Bundestag beteiligt sich an diesem Gedenktag unter anderem mit einer Ausstellung über die letzte frei gewählte Volkskammer der DDR, die am 16. März im Marie-Elisabeth-Lüders-Haus eröffnet wurde.

Dass dieser Tag nun erstmals bundesweit begangen wird und unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier steht, ist ein starkes und wichtiges Zeichen. Demokratie ist nicht selbstverständlich. Sie lebt vom Erinnern, vom Engagement und von der Bereitschaft, Freiheit und Rechtsstaat jeden Tag neu zu verteidigen. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, Orte der Demokratiegeschichte sichtbar zu machen und das Bewusstsein für den Wert unserer freiheitlichen Ordnung lebendig zu halten.

## **Debatte zum Internationalen Frauentag**

Die Debatte rund um den Internationalen Frauentag gehört im Bundestag seit Jahren zur parlamentarischen Tradition. Der Gedenktag selbst blickt auf eine lange Geschichte zurück: Er wurde erstmals 1911 begangen – damals noch am 19. März – und sollte weltweit auf Frauenrechte, politische Teilhabe und bestehende Benachteiligungen aufmerksam machen.

In der diesjährigen Aussprache berichtete Bundesministerin Karin Prien von ihren Erfahrungen bei der UN-Frauenrechtskommission in New York. Dabei wurde deutlich, dass Frauenrechte weltweit wieder stärker unter Druck geraten. Selbst in den Vereinten Nationen stehen Errungenschaften zur Debatte, die lange als selbstverständlich galten. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland hier klar Position bezieht.

Zugleich wurde in der Debatte auch daran erinnert, dass trotz aller Fortschritte weiterhin erheblicher Handlungsbedarf besteht. Viele Abgeordnete, auch ich, gedachten der im Februar verstorbenen früheren Bundestagspräsidentin Prof. Dr. Rita Süßmuth, die sich mit großer Entschlossenheit für Gleichberechtigung und ein modernes Familienbild eingesetzt hat. Erst vor wenigen Wochen hatte der Bundestag mit einem Trauerstaatsakt Abschied von ihr genommen.

Frauenrechte sind kein Randthema, sondern ein Maßstab für Freiheit, Respekt und gesellschaftlichen Fortschritt. Es liegt an uns, diese Rechte entschlossen zu schützen und die Gleichstellung Schritt für Schritt weiter voranzubringen.

## **Investitionen für ein modernes und starkes Land**

Mit dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität sollen gezielt zusätzliche Investitionen ermöglicht werden, um Deutschland moderner, leistungsfähiger und zukunftsfester aufzustellen. Bereits 2025 wurden die Investitionsausgaben des Bundes deutlich erhöht, für 2026 ist ein weiterer Aufwuchs geplant. Die Schwerpunkte liegen in zentralen Zukunftsbereichen wie Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung, Wohnungsbau, Krankenhausinfrastruktur sowie der Transformation hin zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft.

In der aktuellen öffentlichen Debatte wird teils die Frage aufgeworfen, ob diese Mittel tatsächlich zusätzlich wirken und ob sie schnell genug eingesetzt werden. Die Investitionen aus dem Sondervermögen ergänzen die regulären Ausgaben des Bundes, die vereinbarte Investitionsquote im Kernhaushalt wird eingehalten. Damit sollen zusätzliche Impulse für Wachstum, Modernisierung und Wettbewerbsfähigkeit gesetzt werden.

Dass bislang noch nicht alle Mittel abgeflossen sind, hängt vor allem mit dem späten Start des Sondervermögens sowie mit rechtlichen und organisatorischen Vorarbeiten zusammen. Umso wichtiger ist nun eine zügige Umsetzung, damit die bereitstehenden Mittel ihre Wirkung auch tatsächlich entfalten können.

Entscheidend wird sein, dass die Investitionen nicht nur im Haushalt veranschlagt sind, sondern möglichst schnell dort ankommen, wo sie gebraucht werden: bei Ländern und Kommunen, in der Infrastruktur und bei den Menschen vor Ort. Ebenso wichtig sind Transparenz, Nachvollziehbarkeit und ein spürbarer Nutzen im Alltag.

## **Schutz stärken – im digitalen Raum und für vulnerable Gruppen**

Die Expertenkommission zum Prostituiertenschutzgesetz hat ihre Arbeit aufgenommen. Aus diesem Anlass traf ich mich am Mittwoch mit Staatssekretärin Dr. Petra Bahr und Referatsleiterin Dr. Iris Muth zu einem sehr konstruktiven Hintergrundgespräch über das Prostituiertenschutzgesetz. Zum besseren Schutz von Prostituierten braucht es strukturelle Weiterentwicklungen. Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Umgang mit sozialen Medien. Hier besteht aus meiner Sicht akuter Handlungsbedarf, da insbesondere im digitalen Raum weiterhin Schutzlücken bestehen, die dringend geschlossen werden müssen. Studien und Rückmeldungen aus Schulen zeigen zunehmend, dass viele junge Menschen psychisch belastet sind. Fachleute aus der Kinder- und Jugendpsychiatrie weisen seit Langem darauf hin, wie entscheidend die frühen Lebensjahre für eine gesunde Entwicklung sind.

Deshalb braucht es klare Regeln für den Zugang zu sozialen Medien. Plattformbetreiber müssen stärker in die Verantwortung genommen werden – etwa durch wirksame Kontrollmechanismen und konsequente Sanktionen bei Verstößen gegen den Kinder- und Jugendschutz. Auch auf europäischer Ebene sind entsprechende Regelungen notwendig. Gleichzeitig dürfen wir nicht darauf warten, dass alle Lösungen aus Brüssel kommen.

Für mich ist klar: Der Schutz der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen muss stärker in den Fokus rücken. Es geht darum, frühzeitig gegenzusteuern und die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass junge Menschen gesund aufwachsen können – analog wie digital.

## Maßnahmen gegen steigende Kraftstoffpreise

Die stark gestiegenen Energie- und Kraftstoffpreise infolge des Krieges im Nahen Osten stellen viele Menschen und Unternehmen vor große Herausforderungen. Besonders an den Zapfsäulen ist die Entwicklung deutlich spürbar: Benzin und Diesel sind in Deutschland zuletzt stärker gestiegen als im europäischen Durchschnitt. Das ist eine erhebliche Belastung für Pendlerinnen und Pendler ebenso wie für Handwerksbetriebe und die gesamte Wirtschaft.

Gerade im ländlichen Raum, wo viele Menschen auf das Auto angewiesen sind, braucht es deshalb schnelle und wirksame Entlastungen. Deshalb haben wir als Koalition ein umfassendes Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht.

Auf internationaler Ebene beteiligt sich Deutschland an der Freigabe strategischer Ölreserven, um das Angebot zu erhöhen und die Preise zu stabilisieren. Gleichzeitig setzen wir national gezielt an der Preisbildung an den Tankstellen an:

- **Beweislastumkehr im Kartellrecht:** Künftig müssen Mineralölkonzerne darlegen, dass ihre Preise nicht missbräuchlich überhöht sind.
- **Begrenzung von Preissprüngen:** Tankstellen dürfen ihre Preise nur noch einmal täglich erhöhen. Preissenkungen bleiben jederzeit möglich.
- **Strengere Eingriffe bei Marktmacht:** Bei marktbeherrschenden Unternehmen können Preiserhöhungen künftig frühzeitig untersagt werden.
- **Mehr Wettbewerb und Kontrolle:** Das Bundeskartellamt erhält erweiterte Möglichkeiten, schneller und konsequenter gegen überhöhte Preise vorzugehen.

Flankierend wurde im Bundestag eine **Task Force** eingesetzt, um die Lage kontinuierlich zu beobachten und bei Bedarf weitere Maßnahmen schnell auf den Weg zu bringen. Gerade in einer so dynamischen Lage ist es entscheidend, flexibel reagieren zu können und Fehlentwicklungen frühzeitig zu korrigieren.

Unser Ziel ist es, kurzfristig für spürbare Entlastung zu sorgen und zugleich strukturell mehr Fairness und Transparenz im Markt zu schaffen. Sollte die angespannte Lage anhalten, werden wir weitere Schritte prüfen und konsequent nachsteuern.

